

**INTERVIEW MIT EINER PERSON ZWISCHEN 25 UND 55
ÜBER IHRE GEDANKEN ZUR OSTERWEITERUNG**

Alter: 45 Jahre
Geschlecht: männlich
erlernter Beruf: Studium an der WU-Wien
ausgeübter Beruf: Controller (Beteiligungscontrolling Osteuropa)

1. Wie denken Sie über die Ost-Erweiterung?

Die Ost-Erweiterung ist im Interesse der langfristigen Friedenserhaltung in Europa notwendig. Berücksichtigt werden muss, dass die Ost-Erweiterung der EU ihre Grenzen dort hat, wo vitale Interessen Russlands beginnen. Die Ost-Erweiterung könnte langfristig sogar Russland miteinschließen, ein Beitritt Russlands zur EU würde allerdings eine Erweiterung der Definition in Hinblick auf Territorium und (unterschwellig) auch akzeptierte Religionen erfordern.

Da die Ost-Erweiterung vordergründig mit wirtschaftlichen Argumenten vertreten wird, wird die EU eine solche nur stufenweise vornehmen. Als notwendig erachtet der Befragte die möglichst rasche Einbeziehung folgender Länder in die EU: Tschechische Republik, Slowakei, Polen, Ungarn und Kroatien. Weiters wäre eine Mitgliedschaft Rumäniens und Bulgariens, aber auch von Serbien und Mazedonien von strategischem Interesse. Die wirtschaftlichen Randbedingungen in diesen letztgenannten Ländern werden deren Beitritt allerdings mittel- bis langfristig verhindern.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Befragte die Ost-Erweiterung für notwendig hält, da sie ihm wirtschaftlich sehr wichtig, aber auch vor allem von friedenspolitischer Bedeutung erscheint, er tritt aber für eine stufenweise Durchführung ein.

2. Glauben Sie, dass es für Sie persönlich Auswirkungen haben wird?

Diese Frage bejaht der Befragte. Er erwartet sich für sich persönlich positive Auswirkungen, weil die Aktivitäten der gesamten Wirtschaft der EU ihren Schwerpunkt in Richtung Osten verlagern werden, „wie es ja derzeit auch schon in Ansätzen passiert“, und er in diesen Ländern große Erfahrung hat und mehrere Ostsprachen beherrscht.

Die Ostmärkte werden seiner Meinung nach in einer erweiterten EU die einzigen langfristigen Wachstumsmärkte sein. Während die Märkte der bisherigen EU wegen Übersättigung in fast allen Bereichen stagnieren, haben die neuen Mitglieder einen gewaltigen Nachholbedarf auf beinahe allen Sektoren, denn sie erst dann finanzieren werden können, wenn sie als Nettoempfänger der EU die entsprechenden Fördermittel zugeteilt bekommen. Das wird der Ansicht des Befragten nach dazu führen, dass die Mittel der Kohäsionsfonds, die zur Zeit besonders Spanien, Portugal und Griechenland fördern, umgeleitet werden. Die Nachfrage wird die wirtschaftlichen Aktivitäten der alten EU-Staaten weiter steigern. „Dadurch wird das Potential, das ich anbieten kann, für viel mehr Firmen interessant werden als derzeit“, meint der Befragte.

3. Wie wird sie sich Ihrer Meinung nach auf den Arbeitsmarkt auswirken?

Die Auswirkungen der Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt in den bisherigen EU-Ländern werden, so der Befragte, „janusköpfig“ sein. Als einen positiven Aspekt sieht er, dass Menschen mit Interesse für den Osten, Kenntnissen über den Osten und Erfahrung im Osten größere Auswahlmöglichkeiten bei den Jobs haben werden und sich daher auch deren Einkommen steigern wird.

Andererseits werden, so vermutet der Befragte, Billigarbeitskräfte aus den neuen EU-Staaten in die Länder der bisherigen EU strömen, durch die verstärkte Konkurrenz die Löhne drücken und für viele auch den Verlust ihres Arbeitsplatzes verursachen.

In den Ländern der neuen EU werden die Marktchancen für gut ausgebildete Arbeitskräfte steigen, wobei allerdings ein hohes Maß an Flexibilität vorausgesetzt werden muss. Viele „bis heute notdürftig am Leben erhaltene“ Betriebe (Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft) in den neuen EU-Ländern werden dem wachsenden Konkurrenzdruck nicht standhalten können, womit zumindest anfänglich ein dramatisches Anwachsen der Arbeitslosenzahlen in diesen Ländern zu befürchten ist. Das ist laut dem Befragten vor allem dann zu erwarten, wenn die wirtschaftliche Umstrukturierung in einer Weise vor sich geht, „wie wir sie bereits von Ost-Deutschland nach der Wiedervereinigung kennen“. Die ersten Jahre der Mitgliedschaft der neuen EU-Staaten könnten daher, so sieht es der Befragte, eine wirtschaftliche und politische Destabilisierung bedeuten, die die gesamte EU und auch ihre gemeinsame Währung in eine zumindest vorübergehende Krise stürzen könnte.

4. Was kann man machen, um nachteilige Auswirkungen zu verhüten?

Der Meinung des Befragten zufolge müssen die wirtschaftlichen Veränderungen in den neuen EU-Staaten „langsam und harmonisch“ vor sich gehen. „Die Menschen in den neuen EU-Ländern fühlen sich der EU nämlich überhaupt nicht gewachsen und haben teilweise unverhohlene Angst vor ihr.“ Dies führt nach Meinung des Befragten schon jetzt in diesen Ländern zu Wahlergebnissen zugunsten von Parteien, „die die Angst vor der EU schüren und gegen eine Mitgliedschaft plädieren“.

Die neuen EU-Staaten können mit wenigen Ausnahmen als Kleinstaaten bezeichnet werden. „Vor deren Beitritt soll nun beschlossen werden, dass den Kleinstaaten gewisse Rechte im Rahmen der EU beschnitten werden,“ sagt der Befragte. Auch dies ist seiner Meinung nach „einem Enthusiasmus zum Beitritt“ nicht förderlich.

Die Qualität der Nahrungsmittel in den neuen EU-Ländern hält der Befragte teilweise für höher als die Standards der EU. Allerdings seien die landwirtschaftlichen Betriebe dieser Staaten nicht industrialisiert und würden daher bei sofortiger Aufgabe wirtschaftlicher Beschränkungen im Konkurrenzkampf unterliegen.

Und schließlich meint der Befragte: „Bedingt durch die dunklen wirtschaftlichen und politischen Jahrzehnte, die diese Länder und Menschen hinter sich haben, treten sowohl Politiker als auch Normalbürger allem, was westlich ist oder klingt, mit einer Mischung aus Skepsis und Ablehnung entgegen, weil unsererseits vieles in diesen Ländern als zweitklassig oder schlecht beurteilt wird. Es wird notwendig sein, dass wir diesen Menschen unvoreingenommener gegenüber treten und unsere Präpotenz im Zaum halten, damit unsere neuen Partner ihren Komplex ablegen können.“